



SPD Fraktion Ostbevern
Jutta Drilling-Kleihauer
Erich-Klausener-Str. 27
48346 Ostbevern
01573 4660670
Drilling-Kleihauer@t-online.de

Ostbevern, den 17.12.2024

Haushaltsrede der SPD-Fraktion zum Haushalt 2025

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Fraktionsvorsitzende,
sehr geehrte Fraktionssprecherinnen und –sprecher,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

wir leben in schwierigen Zeiten.

Der Krieg in der Ukraine tobt weiter mit furchtbaren Folgen für die Menschen vor Ort. Auch für uns hat dieser Krieg enorme Herausforderungen mit sich gebracht mit Folgen für die Sicherheitspolitik, die Wirtschaft wie auch der Energieversorgung. Zum letzten Punkt ist zu bemerken, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien seit dem Ende der Gaslieferungen aus Russland gut vorankommt. Wichtig ist, dass Natur- und Artenschutz nicht zu kurz kommen und auch der Schutz der Menschen. Zur Steigerung der Akzeptanz wünschen wir uns noch mehr Bürgerbeteiligung und die Gründung einer Bürgerenergiegesellschaft.

Die Energieversorgung in Dunkelzeiten bleibt allerdings problematisch. Der Bau von Energiespeicheranlagen sollte auch in Ostbevern Thema werden.

Nach der unsäglichen Konferenz der AFD in Potsdam, bei der eine „Remigration“ von Menschen mit Migrationshintergrund in ihre Heimatländer vorgeschlagen wurde, sind auch bei uns Menschen auf die Straße gegangen, um „Nein“ zu sagen gegen rechtes Gedankengut und Antisemitismus und „Ja“ zur Demokratie. Die Teilnahme einer großen Zahl Kinder und Jugendlicher macht Mut, aber es hat nicht verhindern können, dass auch hier bei uns bei der Europawahl im Juni erschreckend viele Stimmen, besonders auch von jungen Leuten, an die AFD gegangen sind.

Liebe Ratsmitglieder und alle Bürgerinnen und Bürger in Ostbevern:

Hier sind wir alle gefragt, die eintreten und eintreten wollen für den Bestand der Demokratie. Und damit das Motto „Keinen Meter nach rechts“ auch bei uns ein Erfolg wird, müssen wir in Kontakt treten mit den Jugendlichen und mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Beim Konzept „Pizza-Politik“, das im Kinder- und Jugendwerk stattfindet, ist ein erster Schritt gemacht, Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, mitzubestimmen z.B. über Aufenthaltsräume zum Chillen, aber auch über Politik zu sprechen.

Wir sind froh, dass jetzt im BGSA ein erster Schritt für das Projekt „KidsS“, Kommunalpolitik in den Schulen gemacht wurde. Vor 2 Jahren wurde unser Antrag diesbezüglich noch abgelehnt. Mit Blick auf das Erstarken der Rechten halten wir es für dringend erforderlich, die Schulen in im Bereich Demokratiebildung zu unterstützen und hoffen, dass die Durchführung noch vor der Kommunalwahl im nächsten September gelingt.

Wir sind auch froh, dass die neue Mitte entsteht und wünschen uns, dass alle Kritikerinnen und Kritiker erkennen, dass man in einem Ort, in dem die Menschen sich aufhalten und beim örtlichen Einzelhandel einkaufen sollen, ein attraktives Umfeld geschaffen werden muss, in dem man auch länger bleiben möchte. Die Umgestaltung dient also auch der Förderung der lokalen Wirtschaft.

Wir hoffen, dass die geplante Mobilstation einen Platz findet, um auch den ÖPNV zu stärken.

Froh sind wir auch darüber, dass die Aufstellung der Container für Flüchtlinge an der Von-Braun-Straße problemlos erfolgen konnte. Zunächst sollen nur wenige Bewohner in die Anlage ziehen. Das kann sich noch ändern und ist abhängig von den Zuweisungen des Landes. Aber ich sage es auch hier noch einmal: „Fremde müssen nicht fremd bleiben.“ Wir haben schon oft gezeigt, wie groß die Solidarität mit Menschen ist, die ihre Heimat wegen Krieg und Verfolgung verlassen mussten. Ich wünsche mir, dass diese Solidarität nicht aufhört.

Man sieht:

Wir haben schon einiges geschafft, haben aber auch noch Vieles vor uns.

Und dass in Zeiten, in denen aufgrund der weltpolitischen Lage (Stichwort Wahl von Donald Trump) und der innenpolitischen Lage (Stichwort: Bruch der Koalition und die Vertrauensfrage) der finanzielle Spielraum für die Gemeinde immer enger wird.

Für die nächsten Jahre wird uns der gesetzlich festgelegte Anspruch auf einen OGS-Platz ab 2026 beschäftigen, für den von der Landesregierung nur wenig Unterstützung kommt. Wir wollen nicht, dass bei Kindern und Jugendlichen gespart werden soll, aber wir würden uns wünschen, dass an den Grundschulen die Einführung des Tandem-Modells geprüft werden würde, bei dem es eine enge Zusammenarbeit von Schule und OGS gibt. Am Beispiel der Martini-Schule in Greven kann man sehen, dass die Zusammenarbeit zwischen OGS und Schule so gut funktionieren kann, dass dort Klassenräume gemeinsam genutzt werden und damit neue Räume eingespart werden können. Wenn wir bei uns nur die notwendigsten Räume bauen müssten, könnten in den nächsten Jahren ca. 1 Mio. Euro an Investitionen eingespart werden, die dann an anderer Stelle sinnvoll genutzt werden könnten.

Das neue Feuerwehrhaus in Brock kann, so wie es aussieht, endlich realisiert werden. Auch diese Planung hat Jahre gedauert und kann jetzt auf dem neuen Standort an der Schmedehausener Straße umgesetzt werden.

Die Ausstattung von gemeindlichen Gebäuden mit PV-Anlagen und die Umsetzung des Konzeptes zur Wärmeplanung gehört neben der Umsetzung der Vorschläge aus dem Klimaschutz- und dem Mobilitätskonzept zu weiteren

Aufgaben, die vor uns liegen. Dazu gehört auch das Konzept zur Nahwärmeversorgung am Hanfgarten.

In der letzten Woche wurde das Urteil im Prozess gegen den ehemaligen Bürgermeister in Ostbevern gesprochen. Hieran wird deutlich, dass es von verschiedenen Seiten hilfreich gewesen wäre, wenn früh genug „Nein“ gesagt worden wäre. „Nein“ zu sagen, wenn das die einzige richtige Antwort ist, zeigt, dass Verantwortung übernommen wird. Nicht die Augen zu verschließen, nicht zu denken „wird schon nicht so schlimm sein“, Mut zu haben und aufzustehen und sich Verbündete zu suchen, ist der richtige Weg. All das heißt, der Verantwortung gerecht zu werden.

Das tun wir, wenn wir mit vielen anderen Kommunen zusammen, zu dem geplanten Verfahren Amprion 89 in der Form, wie es jetzt geplant ist, „Nein“ sagen. Damit wird die Notwendigkeit des schnelleren Umstiegs auf regenerative Energien nicht infrage gestellt. Der Strom, der an den Küsten erzeugt wird, muss in die Regionen, in denen er gebraucht wird transportiert werden. Wenn aber Stromtrassen geplant werden, ohne dass die Alternativen aus unserer Sicht ausreichend geprüft werden, ist das unverständlich und trägt vor allem nicht zur Akzeptanz bei, auch nicht zu der zu erneuerbaren Energien. Dazu sagen wir „Nein“.

Wir sagen auch „Nein“, wenn jemand die IstaG, die interkommunalen Wohnungsbaugesellschaft der Stadtregion Münster infrage stellt. Wann man „Ja“ sagt und wann „Nein“, muss sehr genau abgewogen werden. Wir sind dafür im Rat, Schaden von der Gemeinde abzuwenden, aber auch Vorteile für die Gemeinde zu ermöglichen und zu forcieren. Besonders auch bei Projekten, die eine Strahlkraft weit über Ostbevern hinaus haben und zur Entwicklung einer ganzen Region beitragen könnten. Deshalb ist das „Nein“ von CDU und FDP dazu völlig unverständlich und ist nicht nur nicht im Interesse unserer Gemeinde, sondern tritt diesen Interessen diametral entgegen.

Den sozialen Wohnungsbau in die Hände privater Investoren zu legen, ist nichts Verwerfliches und erforderlich, um die gesamte Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen bewältigen zu können. Sich aber nur auf private Investoren zu stützen und die Möglichkeit, zusammen mit anderen Kommunen eine Wohnungsbaugesellschaft zu gründen, abzulehnen, die 1. in der Hand der

Kommunen bleibt, damit 2. eine Mietpreisbindung für länger als 25 Jahre ermöglicht wird und 3. die Kommunen in der Verwaltung der eigenen zu gründenden Wohnungsbaugesellschaft entlastet, bedeutet ein Verzicht von Chancen und Fördermitteln, die der Gemeinde geholfen hätten, den dringend benötigten Bau von bezahlbaren Wohnungen voran zu bringen.

Unverständlich ist für uns auch das „Nein“ von CDU und FDP zur Einrichtung einer neuen Stelle für den Bereich Klimaschutz. Dem Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen können wir folgen. Es wurde vorgeschlagen, diese Stelle nicht unbesetzt zu lassen und neue Stellenkapazitäten zur Umsetzung der Konzepte zum Klimaschutz einzurichten. Das sehen wir auch für erforderlich. Wir brauchen jemanden, der sich dieses Themas annimmt und die bisherigen Vorschläge und Ansätze koordiniert. Die Ansprüche steigen, in verschiedenen Netzwerken und in Kooperation mit dem Kreis, Projekte umzusetzen.

Der Bürgermeister hat sehr deutlich gemacht, dass eine Überlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Vielzahl der hinzukommenden Aufgaben, kontraproduktiv ist. Auch bei den geplanten Umstrukturierungen innerhalb der Verwaltung, gibt es nicht automatisch mehr Personal.

Die Weigerung von CDU und FDP, für den Bereich Klimaschutz eventuell auch ein neues Stundenkontingent zum Stellenplan hinzuzufügen, ist unseres Erachtens ein Indiz dafür, dass Klimaschutz und Klimafolgenanpassung an Wichtigkeit verlieren. Die Konsequenz könnte sein, dass wegen Personalmangel ein Ausstieg aus verschiedenen Projekten mit verschiedenen Netzwerken und dem Kreis Warendorf erforderlich wird. Das könnte gravierende Folgen haben, wenn z.B. schon Fördermittel beantragt oder genehmigt sind. Möglicherweise könnte bei einem dabei auf die Gemeinde Regressansprüche in unbekannter Höhe zukommen. Wollen wir das wirklich?

Ein Verlust der Wichtigkeit des Klima- und Artenschutzes zeigt sich auch im „Nein“ von CDU und FDP zur Aufstockung des Klimafonds und zur Einstellung von Mitteln zur Umsetzung von Maßnahmen aus dem Mobilitätskonzept. Es zeigt sich auch bei der Ablehnung unseres Antrags auf eine Wiederholung der Obstbaumaktion zur Aufwertung der Artenvielfalt in den Gärten. Auch dem Wunsch von Eltern zur ad hoc-Beschattung von Spielflächen auf Spielplätzen als Maßnahme zur Klimafolgenanpassung wurde mehrheitlich abgelehnt.

Im Blick auf die vielen Aufgaben und Herausforderungen, die vor uns liegen, haben der Kämmerer und sein Team es wieder geschafft, einen Haushalt zu erstellen, der unterhalb der Grenze zur Haushaltssperre liegt. Dafür bedanken wir uns ausdrücklich auch beim Bürgermeister und der ganzen Verwaltung.

Dieser Haushalt ist, wie der für das Jahr 2024 mit Defiziten geplant. Für 2025 mit 1,7 Mio. Euro. Mittelfristig wird es sich das Defizit auf etwa 3,7 Mio. Euro entwickeln. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer werden mit 7 Mio. Euro geschätzt und liegen damit etwa 1,2 Mio. € über dem Haushaltsansatz des Vorjahres. Der Hebesatz bleibt in unserem Entwurf unverändert bei 418 v. H. und das ist gut so, denn wir wissen nicht, wie die Gewerbetreibenden und hier besonders die großen Betriebe, auf die Folgen einer global schwächelnden Wirtschaft reagieren.

Die übrigen Hebesätze werden nach dem Bundesmodell aufkommensneutral angepasst. Und der Plan, für Wohngebäude bei landwirtschaftlichen Betrieben, die Grundsteuer B anstatt wie vorher, die Grundsteuer A anzuwenden, ist für Betroffene sicher nicht schön, aber gerechter.

Wie es in den nächsten Jahren mit den finanziellen Mitteln der Gemeinde aussieht, bleibt schwierig zu prognostizieren. Wir müssen uns darauf einstellen, dass es weiter nicht rosig wird. Trotzdem können wir es uns nicht leisten, die dringenden Fragen des Klimaschutzes und des sozialen Wohnungsbaus hintenan zu stellen.

Die finanziellen Folgen, die durch die Ablehnung von dringend nötigen Klimaschutz- und Klimafolgenanpassungsmaßnahmen entstehen werden, werden unsere Nachfolgerinnen und Nachfolger und auch die nachfolgenden Generationen in noch nicht absehbarer Form belasten.

Die Weigerung von CDU und FDP, den Vorschlägen zu diesen Punkten zuzustimmen und damit dafür keine Mittel in den Haushalt einzustellen, waren für uns Grund genug, die Ablehnung des Haushalts ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Gleichwohl garantiert uns der Haushalt eine- wenn auch eingeschränkte- Handlungsfähigkeit im kommenden Jahr. Wir haben deutlich gemacht, wie wir mit Blick auf die anstehende Kommunalwahl für unsere Ideen werben und es den Wählerinnen und Wählern überlassen, den Haushalt 2026 entsprechend zu prägen.

Klug ist es, wenn man weiß, wann man „Ja“ sagen sollte und wann „Nein“.

Wir stimmen dem Haushalt zu.

Vielen Dank.

Jutta Drilling-Kleihauer, Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion